

# Gemeinsam unterwegs für

**Vorarlberger Kinderdorf: Spendensammlung im April setzt auf Solidarität und Unterstützung, um benachteiligten Kindern und Jugendlichen neue Perspektiven zu geben.**

Unter dem Motto „Gemeinsam stark für starke Kinder“ startet das Vorarlberger Kinderdorf im April seine jährliche Haussammlung. Seit 75 Jahren engagiert sich die Kinderschutzeinrichtung für benachteiligte Kinder und Jugendliche sowie Familien in Vorarlberg.

**Kinder Kind sein lassen.** Die Einrichtung betreut und stärkt Kinder, die in schwierigen Lebenssituationen aufwachsen, mit einem breiten Spektrum an Maßnahmen - von präventiven und ambulanten über stationäre Angebote bis hin zu therapeutischen und traumapädagogischen Programmen.

Der Gründer Hugo Kleinbrod legte 1951 den Grundstein für das, was heute als wichtiger Bestandteil der Vorarlberger Soziallandschaft gilt: Kindern und Jugendlichen, die in schwierigen

Familiensituationen leben, Halt und die Chance auf eine bessere Zukunft zu bieten. „Unsere Kinder haben vieles erlebt. Unsere Aufgabe ist es, ihnen die Möglichkeit zu geben, Kind zu sein, und sie dabei zu unterstützen, wieder Vertrauen in sich selbst und das Leben zu finden“, sagt Geschäftsführerin Alexandra Wucher. Betont wird zudem, dass das Vorarlberger Kinderdorf nichts mit dem SOS-Kinderdorf zu tun hat, auf eine völlig eigenständige Entwicklung blickt und ausschließlich in Vorarlberg tätig ist.

Die Spendensammlung des Vorarlberger Kinderdorfs wird von vielen ehrenamtlichen Sammlerinnen unterstützt, die direkt an den Haustüren um Spenden bitten. Die Gelder kommen einer Vielzahl von Projekten zugute, die den Kindern helfen, ihre Stärken zu entdecken. „Spenden sind für



uns besonders wichtig, gerade in diesen finanziell angespannten Zeiten“, heißt es seitens des Vorarlberger Kinderdorfs.

**Spendenfluss.** Die Spendengelder fließen in verschiedene Bereiche, die für das Wohl der Kinder und

Jugendlichen entscheidend sind. Dazu gehören therapeutische Angebote wie spezielle Traumatherapie für Kinder und Jugendliche, die schwere Erlebnisse verarbeiten müssen, Bildungsförderung und erlebnispädagogische Freizeitprogramme.

## AUSSCHREIBUNG

# Demokratie für Jugend greifbar machen

Jugend erlebt Demokratie und ihre Wirkung – Ausschreibung des Landes gestartet, Anmeldung bis 20. Mai 2026.

Ein Outdoor-Zelt für die MS Höchst, eine Lesecke für die MS Bezau und ein Spielbalkon für die MS Ludesch: All das wurde Realität, weil sich Jugendliche im Rahmen des vom Land unterstützten Formats des SchülerInnen- und Schülerhaushalts demokratisch und kooperativ für ihre Gemeinschaft engagiert haben.

Im kommenden Schuljahr geht das Beteiligungsformat

in die nächste Runde: Vorarlberger Mittelschulen und AHS sind eingeladen, Demokratie im Schulalltag aktiv zu leben und ihre Schule mit eigenen Ideen wirkungsvoll mitzugestalten. „Junge Menschen übernehmen Verantwortung – das lohnt sich“, betont Landesstatthalter Christof Bitschi.

„Die Schülerinnen und Schüler sind begeistert dabei und schaffen gemeinsam Erfolge, auf die



Die MS Höchst geht mit gutem Beispiel voran.

MS HÖCHST

# starke Kinder



Jetzt helfen  
und den  
Kindern eine  
Zukunft ermög-  
lichen. KINDERDORF

Zudem wird die Ehemaligenbegleitung über Spenden finanziert. Sie steht ehemaligen Kinderdorfkindern auch mit rascher finanzieller Hilfe in Krisen und Notfällen zur Seite. „Für uns ist es wichtig, dass sich unsere Kinder gut entwickeln und ihre

sie stolz sein können!“ Der Schülerinnen- und Schülerhaushalt ermöglicht es, Demokratie im Schulalltag erlebbar zu machen: Schülerinnen und Schüler bringen Ideen für Projekte zur Gestaltung ihrer Schule ein.

Sie diskutieren die Vorschläge, stimmen demokratisch darüber ab und begleiten die Umsetzung der Gewinneridee. Das Land Vorarlberg unterstützt sie dabei mit Material, Know-how und einem Umsetzungsbudget von 3000 Euro, ohne dass der Schule Kosten entstehen. „So erleben junge Menschen ganz praktisch, wie Mitbestimmung funktioniert. Gleichzeitig übernehmen sie Verantwortung für ihr Umfeld“, erklärt der

„Unsere Aufgabe ist es, ihnen die Möglichkeit zu geben, Kind zu sein.“

**Alexandra Wucher**

Talente entfalten können. Jeder Beitrag hilft dabei, dies möglich zu machen“, so die Leitung des Kinderdorfs, Simon Burtscher-Mathis und Alexandra Wucher.

**Seit 75 Jahren.** Das Vorarlberger Kinderdorf ist eine Einrichtung, die sich seit 75 Jahren für Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen einsetzt. Mit einem breiten Angebot im präventiven, ambulanten und stationären Bereich werden über 3000 Kinder, Jugendliche und deren Familien in Vorarlberg gestärkt. Weitere Informationen zur Spendensammlung und wie man das Vorarlberger Kinderdorf unterstützen kann gibt es auf der Website des Vorarlberger Kinderdorfs [www.vorarlbergerkinderdorf.at](http://www.vorarlbergerkinderdorf.at) sowie per E-Mail an [willkommen@voki.at](mailto:willkommen@voki.at) und unter der Telefonnummer 0043 5574 4992-0.

Landesstatthalter. „Der gesamte Beteiligungsprozess – von der Ideenfindung bis zur Umsetzung – stärkt Eigenverantwortung, Teamgeist und demokratisches Verständnis. Die Schule profitiert sichtbar von der Kreativität und dem Engagement der Jugendlichen.“

Für das Schuljahr 2026/2027 können sich zehn Mittelschulen und AHS bewerben. Die Vergabe der Plätze erfolgt in der Reihenfolge des Einlangens der Anmeldungen, wobei gleichzeitig auf eine möglichst ausgewogene regionale Verteilung geachtet wird.

Anmeldung bis 20. Mai 2026 unter: [www.vorarlberg.at/schuelerinnenhaushalt](http://www.vorarlberg.at/schuelerinnenhaushalt)

## LANDESPOLITIK

# Grüne drängen auf Reformen im Land

Die Grünen sehen Reformbedarf bei Gemeindefinanzen, Forschung und Sicherheit und üben deutliche Kritik am Land.

Die Grünen in Vorarlberg schlagen in mehreren Bereichen Alarm und fordern grundlegende Änderungen. Im Fokus stehen die angespannte Finanzlage der Gemeinden, Kritik an einem neuen Archivgesetz sowie die drohende Schließung der Forensischen Ambulanz.



**Christoph Metzler.** SHOUROT

Beim Grünen Forum in Rankweil wurde die Budgetlage der Gemeinden als zunehmend kritisch bezeichnet. Steigende Ausgaben und sinkende Einnahmen würden den finanziellen Spielraum massiv einschränken. „Die Gemeinden stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand“, sagte Christoph Metzler. Gefordert wird eine Neuordnung der Aufgaben und Finanzströme zwischen Land und Gemeinden, insbesondere im Bereich

Bildung und Betreuung. Kritik kommt auch an der Novelle des Archivgesetzes. Zusätzliche Hürden beim Zugang zu personenbezogenen Daten erschweren laut Grünen die Arbeit von Historikern und Forschenden. „Wer den Zugang erschwert, behindert Forschung und Transparenz“, betonte Bernie Weber und fordert klare und nachvollziehbare Regeln.

Für Unverständnis sorgt zudem die Ablehnung eines Antrags zum Erhalt der Forensischen Ambulanz durch ÖVP und FPÖ. Die Einrichtung gilt als wichtig für die Nachbetreuung psychisch kranker Straftäter. „Damit wird ein Sicherheitsrisiko in Kauf genommen“, kritisierte Eva Hammerer. Die Grünen warnen vor negativen Folgen für die öffentliche Sicherheit.

## LANDESPOLITIK

# Neos orten Problem bei Kloster-Deal

Die Dornbirner Neos üben deutliche Kritik an der Nutzungsvereinbarung rund um das Franziskanerkloster. Sie sehen ein Missverhältnis zu Lasten der Stadt und sprechen von einem möglichen Verstoß gegen das Gemeinderecht.

Aus Sicht von Fraktionsobfrau Martina Hladik und Stadtvertreter Günter Scrinzi weicht der Vertrag klar von der ursprünglichen Entscheidungsgrundlage ab. Statt einer befristeten Nutzung bis 2030 sehe die Vereinbarung eine unbefristete und praktisch nicht kündbare Nutzung durch die Kirche vor. Gleichzeitig trage die Stadt weiterhin

sämtliche Kosten. Besonders kritisch bewerten die Neos die mietfreie Überlassung, den Kündigungsverzicht sowie die laufenden Investitions- und Erhaltungskosten für die Stadt. „Wir sprechen hier von einem handfesten Skandal“, so Scrinzi. Die Neos haben eine Aufsichtsbeschwerde eingebracht, um die Rechtmäßigkeit prüfen zu lassen.

Zudem stellen sie die Begründung der Seelsorge infrage, da diese im Vertrag nicht festgehalten sei. Die Partei fordert nun vollständige Transparenz über Zustandekommen und Inhalt der Vereinbarung.